

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Steffen Vogel

Abg. Johannes Becher

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Richard Graupner

Abg. Klaus Adelt

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Holger Dremel

Abg. Gülseren Demirel

Staatsminister Joachim Herrmann

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13717 mit 18/13722)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13319 mit 18/13335)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13623 mit 18/13643)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13586 mit 18/13591)

Interfraktioneller Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/13592)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13239 und 18/13240)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen mittlerweile bekannt.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist für die CSU-Fraktion Kollege Steffen Vogel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade weil innere Sicherheit, gerade weil Katastrophenschutz, gerade weil Rettungsdienste, Feuerwehren, unsere Vereine, der Sport, aber auch die Integration unserer zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger wichtige Schwerpunkte unserer Politik sind, gerade deshalb sehen wir trotz der Corona-Pandemie, trotz der zu erwartenden Mindereinnahmen, trotz der zu erwartenden angespannten Haushaltslage im Einzel-

plan 03 eine Steigerung um immerhin 400 Millionen Euro auf sage und schreibe 6,6 Milliarden Euro vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Innenministerium ist das Kommunalministerium. Gerade den Kommunen und den Landratsämtern kommt bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie eine ganz besondere Bedeutung zu. Deshalb werden wir im Rahmen des Paktes für die Gesundheit 112 Stellen bei den Landratsämtern und zwei neue Stellen bei den Regierungen schaffen, um den öffentlichen Gesundheitsdienst nachhaltig zu stärken.

Im Rahmen der Pandemiebekämpfung stellen wir 311 Millionen Euro für die Erstattung im Rahmen des Katastrophenfalls und 398 Millionen Euro für die Errichtung und den Betrieb der lokalen Teststrecken zur Verfügung. Damit übernimmt der Freistaat Bayern, damit übernehmen wir die Verantwortung, dass die Kommunen überall im Land unabhängig von der finanziellen Leistungskraft der jeweiligen Kommune den wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie vor Ort leisten können.

Ich danke im Namen meiner Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Testzentren, in den Krisenstäben der Landratsämter und in den Gesundheitsämtern, die sich in dieser schwierigen Zeit über die Maßen einbringen. Ein herzliches Vergelt's Gott!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in schwierigen Zeiten halten wir Wort, auch gegenüber der kommunalen Ebene. Es war schon seit längerer Zeit zugesagt, dass jedes Jahr 70 neue Stellen an den Landratsämtern kommen, auch im nächsten Jahr, 22 davon für Amtstierärzte. Das zeigt, dass der Freistaat weiterhin Partner der Kommunen ist.

Ein wichtiger Bestandteil und Schwerpunkt der Arbeit des Innenministeriums ist die Integration. Mit 1,1 Milliarden Euro macht den größten Teil der Sachausgaben des Ein-

zelplans 03 die Integration von Zuwanderern und die Unterbringung von Asylbewerbern aus. Wir stehen als CSU und als Regierungsfractionen dazu, dass wir die Menschen, die bei uns sind, ordnungsgemäß unterbringen. Das ist kein Wunschkonzert, sondern der Bedarf wird uns letztlich vorgegeben. Der führt dazu, dass wir im nächsten Jahr 118 Millionen Euro mehr ausgeben müssen. Aber auch die Beratung der Menschen, die zugewandert sind, lassen wir uns etwas kosten. Der Haushalt sieht im Jahr 2021 eine Steigerung von immerhin 3,4 Millionen Euro – 12,1 % – auf 31,3 Millionen Euro vor. Man sieht also: Der Freistaat Bayern kümmert sich um die Menschen, die zugewandert sind. Wir wollen einerseits die Integration unterstützen, andererseits aber auch die Durchsetzung des Asylrechts. Da kommt den Verwaltungsgerichten entscheidende Bedeutung zu. Es war ein Anliegen vieler, die gesagt haben: Die Verwaltungsgerichte müssen stärker bedacht werden. – Ich weise aber darauf hin, dass wir im Jahr 2017 45.000 Asylverfahren bei den Verwaltungsgerichten hatten, im Jahr 2020 nur 10.000. Das heißt, wir haben jetzt schon eine deutliche Entlastung. Wir haben eine ganze Vielzahl von Stellen geschaffen. 330 Stellen mit kw-Vermerk; keine Weiterführung. Im Rahmen dieses Haushalts werden diese kw-Vermerke gestrichen. Das heißt, trotz wahnsinnigen Rückgangs der Eingangszahlen bei den Verwaltungsgerichten erhalten wir die Personalstruktur aufrecht. Damit ist sichergestellt und gewährleistet, dass die Verwaltungsgerichte funktionieren und dass die entsprechenden Asylverfahren zügig abgeschlossen werden können. Ich werte das als großen Erfolg.

Ein weiterer Schwerpunkt: Katastrophenschutz und Feuerwehren. Die Feuerwehren leisten Unschätzbare. Über 300.000 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in unserem Land ehrenamtlich bei den Freiwilligen Feuerwehren. Stellt euch mal vor, wir müssten das als Staat alles selber bezahlen. Wir könnten uns das wahrscheinlich gar nicht leisten, wenn wir den Brandschutz nicht auch in die Hände der Ehrenamtlichen geben würden, sondern das Berufsfeuerwehren überlassen müssten. Dann würde das ein Vielfaches kosten. Wenn sich Menschen aber ehrenamtlich engagieren, dann brauchen sie auch eine gute Ausstattung, eine gute Ausrüstung. Da legen wir wieder entsprechend nach. 2020 war schon ein Rekordjahr bei der Feuerwehrförderung:

Fahrzeuge, Feuerwehrhäuser, Ausstattung. 2021 setzen wir diesen Kurs fort: 91 Millionen Euro, um 6,2 Millionen Euro mehr. Das ist ein absoluter Rekordwert.

Aber das eine ist die Ausstattung; das andere ist die Ausbildung. Da war in der Vergangenheit die Modernisierung der Feuerweherschulen der Schwerpunkt. Da müssen wir weitermachen. Da brauchen wir auch die entsprechenden Lehrkräfte. Da bauen wir weiter aus mit 15,5 zusätzlichen Stellen. Man sieht also: Den Regierungsfractionen ist die bestmögliche Aus- und Weiterbildung unserer ehrenamtlichen und hauptamtlichen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner ein wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch schnell der Bereich der Rettungsdienste: 1,5 Millionen Euro für den Aufbau des Bayerischen Notfallregisters und – vor allem uns als CSU-Fraktion war das wichtig – 400.000 Euro für die Datenbank für die Defibrillatoren. Es ist unglaublich wichtig, dass die Menschen wissen – Initiative auch aus dem Gesundheitsausschuss –, wo die Defibrillatoren im Notfall sind, damit diese dann Menschen retten können; deshalb zum Ausbau dieser Datenbank diese 400.000 Euro. Natürlich führen wir auch das Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz 2020 mit 17 Millionen Euro entsprechend fort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein Land des Sports. Wir haben die zwei erfolgreichsten Fußballvereine Deutschlands mit dem FC Bayern München und dem Club. Der FC Bayern München ist der Verein, der die meisten Meisterschaften hat, der Club ist der Verein, der die meisten Aufstiege in die 1. Liga zu verzeichnen hat. Wir haben aber auch zigtausend Sportvereine und Schützenvereine. Was dort ehrenamtlich geleistet wird, ist unglaublich. Auch diese Vereine leiden in der Corona-Pandemie. Deshalb haben wir noch 20 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt und die Vereinspauschale verdoppelt. Insgesamt stellen wir für den Sport 110 Millionen Euro zur Verfügung, das sind 12,7 Millionen Euro mehr als im Jahr 2020. Insgesamt stellen wir für Sportstätten 25 Millionen Euro zur Verfügung, davon 10 Millionen Euro für die Förderung von Sportstätten im strukturschwachen Raum. Wir unterstützen Großveranstal-

tungen; denn diese sind eine Werbung für den Sportstandort Bayern in der ganzen Welt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, der vorliegende Haushaltsplan ist grundsolide. Wir können damit weiterhin in die Sicherheit, aber auch in die Rahmenbedingungen der Menschen, die das Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger schützen, investieren. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innenministerium und in den nachgelagerten Behörden. Sie leisten einfach Großartiges. Dieses Engagement müssen wir mit einer bestmöglichen Ausstattung unterstützen. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu dem vorliegenden Haushaltsentwurf. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Johannes Becher für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege Becher, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Innenministeriums wächst insgesamt leicht an. Sieht man in den Haushalt hinein, stellt man fest, der Kernbereich ist von Personalausgaben geprägt. Wir brauchen in Bayern eine leistungsfähige Verwaltung und möchten, dass alle Menschen in Bayern sicher und frei leben können. Für diese Balance, die ganz entscheidend ist, brauchen wir zum einen eine lebendige Zivilgesellschaft, zum anderen aber auch eine gut ausgestattete Infrastruktur. Dazu gehört auch eine gut ausgestattete Polizei.

Nichtsdestoweniger haben wir zu diesem Haushaltsentwurf zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Uns ist wichtig, dass die öffentlichen Gelder innovativ, angemessen und effizient eingesetzt werden. Hier würde unsere Fraktion andere Akzente setzen als die, die die Staatsregierung in ihrem Entwurf genannt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Innovation bei der Polizei wäre für uns zum Beispiel die Einführung einer virtuellen Polizeiwache, bei der jeder eine Anzeige erstatten kann. Das würde eine Chancengleichheit bringen, wenn jemand im Internet bepöbelt wird. Das wäre für uns eine Innovation. Für Sie bedeutet Innovation eher den Ausbau der bayerischen Kavallerie, der Reiterstaffel, die noch einmal 300.000 Euro erhalten soll. Diese Mittel hätten wir anders ausgegeben.

Angemessen ist für uns eine Stellenmehrung bei der Polizei. Ich nehme zur Kenntnis, dass bereits ein Aufwuchs geplant ist. Allerdings würden wir über den geplanten Ansatz hinausgehen und insbesondere einige Tarifbeschäftigte zur Entlastung der Verwaltung aufnehmen. Wir haben bei der Polizei sehr viele Überstunden. Hier tut Unterstützung not. Wir würden auch andere Budgets aufstocken, insbesondere für Fortbildungen. Ich fürchte, das Thema Cyberkriminalität wird uns in den nächsten Jahren noch sehr intensiv beschäftigen. Gerade bei diesem Thema sollte ein Fortbildungsschwerpunkt gesetzt werden. Auch die Investitionen in die EDV-Ausrüstung für das Homeoffice sollten deutlich ausgebaut werden.

Effizient wäre aus unserer Sicht die Vermeidung von Doppelstrukturen, aber auch das Ansiedeln von Aufgaben an der richtigen Stelle. Als Beispiel möchte ich das Themenfeld der Organisierten Kriminalität nennen, das derzeit beim Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist. Dieses Thema gehört nach unserer Auffassung zur Polizei. Wir haben die Umschichtung der entsprechenden Stellen zum Landeskriminalamt beantragt. Sie haben das abgelehnt. Ich habe dem Ausschussprotokoll entnommen, dass Sie das Landesamt für Verfassungsschutz als wesentlich für die Sicherheitsarchitektur in Bayern bezeichnet und große Ausführungen dazu gemacht haben. Umso erstaunlicher ist es, dass 130.000 Euro für Laptops nicht im Haushalt beinhaltet waren, sondern durch einen Antrag aus der Fraktionsreserve finanziert worden sind. Ich halte das zumindest für bemerkenswert.

Das Thema "Angemessene Ausstattungen" betrifft aber nicht nur den Bereich der Sicherheit, sondern auch andere Felder, insbesondere die unteren Staatsbehörden in den Landratsämtern, wo es seit vielen Jahren einen erheblichen Bedarf gibt. Ich möchte drei Beispiele nennen: Zum Veterinäramt hat der ORH klar gesagt, ich zitiere: "Der ORH sieht dringenden Optimierungsbedarf bei der Kontrolle der Nutztierhaltung. So erfüllen die Veterinärbehörden im Bereich Tiergesundheit die vom Verordnungsgeber vorgesehenen Mindestkontrollen nicht vollständig." – Wir erfüllen also nicht einmal die Mindestkontrollen. Mein lieber Mann, da besteht dringender Nachholbedarf. Bei unseren Veterinärämtern gehören deutlich mehr Stellen her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass es bei unseren Gesundheitsämtern hinten und vorne fehlt, brauche ich nach diesem Jahr nicht weiter auszuführen. Auch bei den Naturschutzbehörden fehlt es schon seit vielen Jahren. Ich muss ganz klar sagen: Es reicht nicht, im Bayerischen Landtag Ziele und Gesetze zu beschließen. Wir brauchen konkrete Menschen und Köpfe, die diese Ziele umsetzen. Dafür benötigen wir im Haushalt entsprechende Stellen. Die haben wir einfach nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insgesamt möchte ich feststellen: Innovativ, angemessen und effizient geht aus unserer Sicht anders. Wir hätten die Akzente anders gesetzt und werden daher diesem Haushaltsentwurf so nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir nach einem Jahr Pandemie zu-

nächst ein Wort des Dankes an all diejenigen, die einen wesentlichen Teil dazu beigetragen haben, dass wir diese Pandemie insgesamt geordnet und gut bewältigen konnten. Das sind unsere Sicherheitsbehörden, allen voran die bayerische Polizei, aber auch die Innere Verwaltung und natürlich die Ehrenamtlichen, zum Beispiel bei der Feuerwehr. Ich bedanke mich aber auch bei allen anderen, die haupt- und ehrenamtlich im Bereich der inneren Sicherheit tätig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es sehr interessant, wie wir heute, im Jahr 2021, über Polizeistellen diskutieren. Unser Innenminister Joachim Herrmann wird in elf Monaten der Rekordinnenminister des Freistaats Bayern sein. Dann wird es nämlich keinen geben, der länger Innenminister in Bayern war. Momentan ist das noch Dr. Günther Beckstein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich weise deswegen darauf hin, weil zu Beginn der Amtszeit von Herrn Herrmann noch eine ganz andere Situation bestand. Er musste sich nämlich mit dem Stoiber'schen Spardiktat herumplagen, das auch vor der Polizei nicht haltgemacht hat. Jetzt können wir sagen: Die bayerische Polizei hat mit über 42.000 Beamten einen Stand erreicht, der dem entspricht, was die verantwortungsvolle Aufgabe der Polizei in Bayern erfordert.

Ich finde es sehr bemerkenswert, dass die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sagt, wir könnten uns noch mehr Polizei vorstellen. Erinnern wir uns an die Zeit vor zwanzig Jahren, da wäre das völlig undenkbar gewesen. Ich kann mich an meine Anfänge hier in diesem Hohen Haus erinnern. Damals haben sich Kolleginnen und Kollegen noch gerühmt, dass sie sich wegen eines Castortransports an irgendwelche Gleise gekettet haben. Die Zeiten haben sich erfreulicherweise geändert. Herr Kollege Hartmann weiß schon, dass ich ihn meine.

Herr Kollege Becher, ich nehme positiv zur Kenntnis, dass Sie ein sehr wichtiges Thema angesprochen haben, nämlich das Thema Cybercrime. Hier müssen wir etwas

tun. Wir haben auch etwas getan. Wir haben mit sehr kreativen Lösungen Beamte dafür bekommen. Gerade für das Thema Internet bekommt man nämlich nicht so ohne Weiteres einen Experten, der die Polizeiaufbahn einschlägt und die dort bestehende Besoldung akzeptiert. Deshalb mussten wir Zuschläge zahlen. Im Beamtenrecht ist das nicht einfach zu bewerkstelligen. Wir haben das getan. Das finde ich großartig.

Ich denke, Bayern kann sich bei der inneren Sicherheit nach wie vor sehen lassen. Bayern ist hier vorbildlich und herausragend. Das ist ein Standortfaktor für die Wirtschaft und die Menschen, die hierherkommen. Nicht ohne guten Grund kommen so viele Menschen aus anderen Teilen Deutschlands zu uns.

Damit komme ich zu den Menschen, die zu uns kommen: Das Innenministerium ist auch das Integrationsministerium. Ich denke daran, wie wir im Jahre 2015 – oder war es 2016? – über das Integrationsgesetz debattiert haben, und zwar eine ganze lange Nacht bis morgens früh um sieben Uhr. Wir haben uns die Argumente um die Ohren geschlagen. Was können wir jetzt sagen? – Die Integration funktioniert. Da finde ich es besonders bemerkenswert, dass hier in diesem Haus eine Fraktion die Gelder für Integration streichen will. Wenn ich jetzt böse wäre, müsste ich sagen: Sie wollen, dass die Integration nicht gelingt. Deshalb wollen Sie die Mittel zusammenstreichen, wohl wissend, dass das erstens der Sache und den Menschen nicht gerecht wird und dass es zweitens viel größere Probleme heraufbeschwört, als die Menschen, die zu uns kommen, gut zu integrieren.

Gestatten Sie mir am Schluss, noch einen Bereich, nämlich den des Sports anzusprechen. Mein ganz herzlicher Dank geht an Sie, Herr Staatsminister; denn Sie haben sich hier in besonderem Maße eingesetzt und sich vor allem in Berlin für den Team-sport beispielhaft dafür verwendet, dass bayerische Vereine im Eishockey, im Handball, im Basketball und im Volleyball nicht nur in den beiden obersten Profiligen, sondern auch in der 3. Liga Geld bekommen. Auch ich habe ein bisschen dazu beigetragen. Wir haben das sehr gut gemanagt und damit auch diese Sportvereine und Sportarten

am Leben gehalten. Herzlichen Dank Ihnen, dem Amtschef und all denen, die in Ihrem Haus daran beteiligt waren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben dieses Jahr die Pauschale für die Vereine wiederum verdoppelt. Ich sage es ganz deutlich: Das war natürlich zwischen dem Kollegen Zellmeier und mir bereits im Dezember besprochen. Ich möchte aber überhaupt nicht verhehlen – das war so, lieber Kollege Arnold –, dass natürlich auch die SPD hierzu einen Antrag gestellt hat und sich auch hinter diesem gemeinsamen Ziel versammelt. Da muss man jetzt nicht "wir, wir, wir" sagen; denn das haben wir, alle demokratischen Fraktionen dieses Hauses, gemeinsam gemacht. Auch das ist ein gutes Zeichen, dass wir hier zusammenstehen und dieses gemeinsame Signal an den Sport senden. Den Sportvereinen tut das gut.

Ich danke an dieser Stelle auch den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für die gute Beratung, vor allem dieses Haushalts. Der Haushalt des Innenministers hat es verdient, dass man ihm zustimmt. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Richard Graupner für die AfD-Fraktion. Herr Graupner, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen "wichtigen Aufschlag" nannte die CSU den vorgelegten Haushaltsplan. Das ist eine starke Dynamik und Entschlossenheit beschwörende Metaphorik. Aber inwieweit hält diese Metaphorik denn einem Realitätsabgleich stand? Insgesamt stiegen die Ausgaben im Einzelplan 03 gegenüber dem Vorjahr von rund 6,2 Milliarden Euro

auf jetzt 6,6 Milliarden Euro. Davon entfallen etwa zwei Drittel auf Personalausgaben; so weit, so unspektakulär.

Ja, es gibt im Haushalt Bereiche, an denen auch wir als Opposition wenig auszusetzen haben; seien es die Investitionen in den Katastrophen- und Brandschutz bei den Freiwilligen Feuerwehren oder seien es die Förderungen von Leistungssport und Sportvereinen in strukturschwachen Regionen.

Wie immer streicht die Staatsregierung auch ihre Bemühungen im Bereich der Polizei heraus. Das findet unsere Zustimmung; denn wir finden es nur folgerichtig, hier im besonderen Maße zu investieren, müssen doch unsere Polizeibeamten noch immer unter den Fehlern der massiven Einsparungen vergangener Jahre leiden. Aus Sicht der AfD-Fraktion sind aus diesem Grunde bei der Polizei weitere Stellenmehrungen, so wie von uns beantragt, unumgänglich. Unsere Polizeibeamten brauchen zudem bei ihrem täglichen Einsatz für unser aller Sicherheit die beste Ausrüstung und die besten infrastrukturellen Voraussetzungen. Der Ausbau der sogenannten Mobile Police fällt in diesen Bereich und findet dementsprechend auch unsere Zustimmung, auch wenn wir auf die modischen Anglizismen in diesem Zusammenhang durchaus verzichten können.

(Beifall bei der AfD)

Zwar steht Bayern bei der inneren Sicherheit im Bundesvergleich verhältnismäßig gut da. Dies verdanken wir aber vor allem der hervorragenden täglichen Arbeit unserer Beamten vor Ort. Aber auch die bestausgestattete und höchst motivierte Polizei kann nur bedingt die Symptome lindern, an denen Deutschland insgesamt, aber auch Bayern fundamental krankt. Das wird klar, schaut man auf die im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für die Sachmittel.

Die Kosten für Integration und Asyl sind im Vergleich zu 2020 nochmals um – sage und schreibe – 100 Millionen Euro gestiegen. Warum dieser enorme Mittelaufwand, wo doch die Asylbewerberzahlen angeblich allorts rückläufig sind? Die Antwort liegt

auf der Hand: In Deutschland gibt es derzeit circa 250.000 abgelehnte, vollziehbar ausreisepflichtige Asylbewerber. In Bayern liegt diese Zahl immer noch bei weit über 30.000. Trotzdem ist gerade einmal eine armselige Zahl von 1.500 Abschiebungen pro Jahr zu verzeichnen. Auf deren freiwillige Ausreise zu setzen, wie es der Herr Innenminister öffentlichkeitswirksam praktiziert, ist in höchstem Maße blauäugig. Der Freistaat versagt hier auf der ganzen Linie. Deutschland, so weiß es der Volksmund, ist das Land, wo man mit unklarer Herkunft und illegaler Einreise eine gesicherte Zukunft hat. Die mit viel Geld und Zuwendung umsorgten Wohlstandswanderer wissen das ebenso. Diesen unhaltbaren Zuständen wollen Sie nach dem altbekannten, aber eben nicht bewährten Rezept des Noch-mehr-vom-selben entgegensteuern; das heißt: noch mehr Geld und noch mehr Zuwendung mit erwartbar gleichem, geringen Erfolg.

Wir von der AfD machen das nicht mit. Unsere Fraktion hat 20 Änderungsanträge eingebracht, welche die Verhältnisse wieder vom Kopf auf die Füße stellen sollen.

(Beifall bei der AfD)

Das beginnt bei der Finanzierung des sogenannten Bündnisses für Toleranz mit seiner einseitigen Ausrichtung gegen Rechtsextremismus. Damit fördert es entgegen seiner Eigenbezeichnung Toleranz gerade nicht – im Gegenteil, man betreibt die Ausgrenzung immer größerer Teile der Bevölkerung durch deren verleumderische Etikettierung als rechtsextrem oder als verschwörungstheoretisch. Wir fordern, die Ausgaben für derlei politkorrekten Budenzauber radikal zusammenzustrichen. Besser wäre das Geld beispielsweise bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit aufgehoben. Dort sind deutschlandweit noch rund 250.000 Verfahren anhängig. Beinahe jedes zweite Verfahren fällt in den Asylbereich. Vor diesem Hintergrund ist eine Mittelkürzung, wie Sie sie vorhaben, genau der falsche Weg. Wir müssen hier im Gegenteil neue Planstellen schaffen.

Genauso unverantwortlich ist es, den Zuwanderer- und Integrationsfonds für noch mehr fragwürdige und im Zweifel nutzlose Beratungs-, Orientierungs- und Wertvermitt-

lungsangebote aufzustocken. Ich möchte Sie daran erinnern: Die Anerkennungsquote für Asylanten nach Artikel 16a des Grundgesetzes beträgt nicht einmal 2 %. Wenn also etwas aufgestockt werden muss, ist es die Anzahl der Rückführungen von abgelehnten und ausreisepflichtigen Personen. Wenn etwas aufgestockt werden muss, sind es die Haushaltsmittel, die diese Maßnahmen ermöglichen.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion beantragt aus diesem Grunde zusätzliche 30 Millionen Euro, um den Abschiebeprozess zu beschleunigen. Die Mittel sollen zum Beispiel für Stellenmehrungen beim Landesamt für Asyl und Rückführungen, für Anmietungen neuer Räume oder zur Finanzierung neuer Hochbaumaßnahmen im Bereich der Abschiebehafteinrichtungen verwendet werden; denn der beste Asylbewerber ist immer noch der, welcher zu Hause bleibt oder zum Wohle und Aufbau seiner Heimat sobald wie nur möglich wieder in diese zurückkehrt. Sie haben recht, Ihre ausufernden Ausgaben im Bereich Asyl und sogenannter Integration sind ein wuchtiger Schlag, wie ich es zu Beginn zitiert habe, aber ein Schlag ins Gesicht des redlichen bayerischen Steuerzahlers. Auch aus diesem Grund lehnen wir Ihren Haushaltsentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist Herr Kollege Klaus Adelt für die SPD-Fraktion. Herr Kollege Adelt, Sie haben das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach meinem Vorredner vernünftige Worte zu finden, ist nicht einfach. Es ist einfach nur gruselig, wie manche Leute mit Menschlichkeit und mit anderen Menschen umgehen. Da ist es wirklich sehr schwer, geeignete Worte zu finden, ohne ausfällig zu werden.

Die diesjährigen Haushaltsverhandlungen haben uns wieder einmal vor Augen geführt, wie man mit der Opposition und ihren konkreten Vorschlägen umgeht, ob die Vorschläge nun von den Roten, den Grünen oder den Gelben kommen. Das zeigt sich auch beim Einzelplan 03; denn von 26 Änderungsanträgen wurde nur ein einziger angenommen. Das ist der Antrag, den der Kollege Güller heftig verfochten hat, nämlich die Verdopplung der Vereinspauschale. Das finden wir gut.

Aber es ist so: Was nicht von der vermeintlich richtigen Seite des Hohen Hauses kommt, wird niedergebügelt und mit fadenscheinigen Gründen abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben etwas dazu zu sagen. Das ist nicht nur Kritik und immer ein Dagegensein, sondern konstruktiv.

Ich freue mich, dass der Kollege Pohl wieder im Haushaltsausschuss sitzt; denn jetzt bin ich gleich bei meinem Lieblingsthema, den Straßenausbaubeiträgen und den dazugehörigen ersetzenden Straßenausbaupauschalen. 64 Millionen Euro waren vorgesehen; die haben hinten und vorne nicht gereicht. Jetzt hat man das auf 85 Millionen Euro aufgestockt; jetzt kommen wir einigermaßen hin. Mit den Spitzenverbänden wurde vereinbart, noch 50 Millionen Euro draufzusatteln. Das wäre ein guter Schritt, hat aber einen großen Nachteil: Das Geld bekommen auch diejenigen Gemeinden, die es eigentlich gar nicht nötig hätten und die nie eine Straßenausbaubeitragssatzung, sondern immer genug Pulver gehabt haben, um das selbst zu finanzieren. Aber auch die bekommen das Geld.

(Beifall bei der SPD)

Man hat ein Instrument eingeführt, das sich Härtefallkommission nennt. Der Kollege Nussel ist nicht mehr da. Er ist ja Bekämpfer der Bürokratiemonster. Da hätte er ein Monster zu bekämpfen. 50 Millionen Euro und bis jetzt noch kein Bescheid! 14.500 Leute warten darauf. Es geht nichts voran. Und was macht man? – Man muss

die Zahl der Stellen erhöhen, damit man bis zum Jahresende fertig wird. Leute, wo sind wir denn? Das funktioniert doch hinten und vorne nicht.

Machen wir weiter: Bürgerbeteiligung. Immer mehr Bürger beteiligen sich zu Recht. Kommunen, Städte und Gemeinden bedürfen der Beratung. Wir haben deshalb gefordert, dass der Verein "Mehr Demokratie e. V. Landesverband Bayern" unterstützt wird; denn er ist ein wertvoller Berater für unsere Städte und Gemeinden im richtigen Umgang mit den Bürgern. Das halte ich gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Demokratisierung und des Engagements der Bürger für sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Thema Polizei. Herr Schmidbauer ist da. Ich kann mich noch gut an das Geknerre 2013/2014 erinnern, bis endlich mehr Polizisten eingestellt worden sind. Das war ein ewiger Kampf. Damals sind ja nicht einmal so viele eingestellt worden, wie in Pension geschickt worden sind. Endlich sind wir auf dem richtigen Weg.

Wir haben gefordert, den Polizeilichen Sozialen Dienst personell zu stärken, wie es notwendig ist. Es geht um neun zusätzliche Stellen. Wir reden auch über Gewalt gegen Polizisten. Polizisten, die Gewalt und Respektlosigkeit erfahren haben, könnten wesentlich besser unterstützt werden. Neun Stellen! Herr Minister Herrmann, der Jüngere, wir reden nicht von Wolkenkuckucksheimen mit 1 Milliarde Euro, sondern es ist überschaubar.

Feuerwehren. Es ist richtig: Feuerwehren bekommen mittlerweile gutes Geld. Minister Herrmann, der Ältere, hat bekannt gegeben, dass der Mittelabfluss sehr gut ist. Nichtsdestoweniger ist es für uns ein Unding, dass nur Neubauten gefördert werden und keine Sanierungen. Man könnte dadurch viel Geld sparen. Unser Antrag wurde abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

First Responder. Seit Jahren fordern wir deren finanzielle Unterstützung. Sie leisten eine hervorragende Arbeit, müssen sich aber aus Spenden und Mitteln der Kommunen finanzieren. Das halte ich für ein dickes Unding.

Integration von Zuwanderern. Das ist ein weites Feld und für uns ganz notwendig; denn wir brauchen Zuwanderer. Wir haben nicht die Bevölkerung bzw. den Nachwuchs, den wir später brauchen. Unser Antrag, die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte zu unterstützen und zu fördern, wurde abgelehnt, weil man gesagt hat, es wäre ein Novum, so etwas zu fördern. Ich halte das dennoch für wichtig. Gerade in Hof gibt es Sprengelschulen, in denen 90 % der Schülerinnen und Schüler Ausländer oder der deutschen Sprache nicht so mächtig sind. Dafür braucht es dringend eine Förderung. Das sind wertvolle Kinder, die wir unbedingt brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Projekte brauche ich nichts zu sagen. Die Leute werden drei Jahre hingehalten, und dann ist immer die Frage: Geht das Projekt weiter oder nicht? – Gute Arbeit muss verstetigt werden. Deshalb brauchen wir gerade in der Migrationsberatung eine Verstetigung der Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Der Einzelplan 03 des Haushaltsentwurfs enthält Licht – das gebe ich zu –, aber auch Schatten. Über diesen Schatten wollten die Regierungsfaktionen dieses Mal wieder nicht springen. Mit teils hanebüchenen Argumenten wurden unsere Anträge abgelehnt.

Von der Staatsregierung – wir haben es vorhin vom Kollegen Bausback gehört – wird immer der parteiübergreifende Schulterschluss gefordert. Das heißt in Bayern nichts anderes als blinder Gehorsam gegenüber der Regierungskoalition. Diesen blinden Gehorsam gibt es von uns nicht. Deshalb stimmen wir dem Haushaltsentwurf des Ein-

zelplans 03, auch wenn ein paar gute Sachen dabei sind – das lässt sich nicht leugnen –, nicht zu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Alexander Muthmann. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns ist sehr bewusst, dass insbesondere der Einzelplan 03 coronageprägt ist, dass vor allem auch die Tätigkeiten der Inneren Verwaltung, der Polizei durch die Pandemie mitbestimmt sind und dass Prioritätensetzungen auch davon geprägt werden. Das gilt in allen Bereichen. Das gilt vor allem auch bei der Frage der Herausforderungen.

Natürlich hätten wir, lieber Kollege Becher, die Debatten um Umschichtungen, um die angesprochenen Organisationsfragen und Priorisierungen sowie um die Frage der richtigen Form der Digitalisierung im Detail führen können. Auch ist unsere Haltung zur Reiterstaffel schon seit Jahren bekannt. Das alles will ich aber jetzt an dieser Stelle nicht weiterverfolgen und betonen. Vielmehr möchte ich ein paar andere Aspekte herausstellen.

Was beim Thema Feuerweherschulen geschieht und allem, was damit zusammenhängt, nämlich der Aufwuchs beim Personal und die Entwicklung der Ausstattung, ist anerkennenswert. Wir werden uns aber im Laufe des Jahres sicherlich weiterhin mit der Qualität der Ausbildung und der Digitalisierung befassen müssen.

Das Thema Sport ist ebenfalls angesprochen worden. Auch wenn der Kollege Pohl die 20 Millionen Euro persönlich für sich in Anspruch nimmt, hat er doch vielfach Unterstützung erhalten. Ganz allein könnte das nicht einmal der Kollege Pohl schaffen. Das darf an dieser Stelle gesagt sein.

Uns allen ist die Bedeutung des Sports sehr bewusst. Ich glaube, dass wir mehr zu dem Bewusstsein kommen müssen, dass es da nicht so sehr um die Problembeschreibung geht, sondern dass der Sport auch Bestandteil der Lösung, auch aus der Pandemie heraus, sein kann, insbesondere für die Kinder und Jugendlichen, aber darüber hinaus sicherlich auch für die vielen Amateursportler.

Wenn man die Situation und die Tätigkeiten in der inneren Verwaltung anschaut, dann muss man durchaus sagen, dass sich da schon im letzten Jahr die Schwerpunktbildung, gerade mit Blick auf Krisenstäbe und auf die Gesundheitsämter, erheblich verändert hat. Auch im Jahr 2021 sind da weiter Antworten zu suchen.

Bemerkenswert ist, wie ich finde, Herr Minister – ich glaube, ich bin jetzt der fünfte oder sechste Redner –, dass das Problem der Personal- und der Sachausstattung bei der Polizei noch niemand wirklich problematisiert hat. Das ist sicherlich ein Ausdruck davon, dass auch weite Teile der Opposition der Meinung sind, dass das auf einem guten Weg ist. Ich glaube nicht, dass wir gut beraten sind, im Rahmen eines corona-geprägten Haushalts über noch mehr klassische Oppositionsideen zu diskutieren. Vielmehr geht es darum, mit den jetzt zur Verfügung stehenden Geldern – sowohl, was das Personal angeht, als auch, was die Sachausstattung angeht – optimal und effizient durch die Zeit zu kommen. Auch die Polizeiarbeit ist natürlich ganz intensiv durch die pandemiebedingten Herausforderungen geprägt.

Die Kriminalstatistik, die der Innenminister erst dieser Tage vorgelegt hat – das darf man an dieser Stelle auch einmal aus der Opposition heraus sagen –, ist durchaus ein Dokument erfolgreicher Polizeiarbeit in allen Bereichen. Man darf aber auch hinzufügen, dass die größte Gefährdung, die wir derzeit haben, gar nicht bei den Gewaltdelikten liegt, sondern dass die größte Gefährdung – auch für Leben und Gesundheit – eben die Corona-Pandemie darstellt.

Ich will da jetzt noch einen Punkt und einen Appell anbringen: Sehr geehrter Herr Minister, wir haben seit dem 09.12. einen landesweiten Katastrophenfall. Sie sind als

Chef des Innenministeriums der oberste Katastrophenschützer. Ich glaube, es gibt in der Katastrophe noch zusätzliche Aufgaben zu erfüllen. Wir wissen beide, dass es in einer Katastrophe auch darum geht, die Dinge möglichst effizient, gebündelt und möglichst schnell und auch praxisnah zu realisieren. In den nächsten Wochen wird der wichtigste Punkt sein, zu einer schnellen Impfung zu kommen. Der Ministerpräsident hat davon gesprochen, dass wir von der Mangelverwaltung zum Massenmanagement kommen müssen. Lassen Sie da auch die Hausärzte ein bisschen von der Leine und aus dem Regime der Impfverordnung heraus. Ich sage nur noch ganz kurz zum Landkreis Regen – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, trotz Landkreis Regen müssen Sie bitte zum Ende kommen.

Alexander Muthmann (FDP): – Ja, das mache ich. – Im Landkreis Regen hat eine Umfrage ergeben, dass alle Hausärzte gerne beim Impfen mitmachen. Es ginge dann auch schnell und effizient. Wir könnten viele Probleme lösen, wenn die Hausärzte die Impfung nicht wie derzeit bürokratisch abwickeln müssen, sondern sie so abwickeln können, wie wir es von den Hausärzten gewöhnt sind und wie wir es von den Hausärzten kennen: Es muss schnell gehen! Hierfür sind Sie als oberster Katastrophenschützer sicher der richtige Mann. Viel Erfolg an dieser Stelle.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Jetzt muss es wirklich schnell gehen.

Alexander Muthmann (FDP): Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion ist der nächste Redner der Abgeordnete Holger Dremel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Holger Dremel (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten über den Einzelplan 03; das ist der Haushalt des Innenministeriums. Wir beraten

dabei über mehr als 6,5 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung von über 6 %. Das ist eine stattliche Summe.

Bayern ist Sicherheitsstandort, und Sicherheit ist für Bayern auch Standortfaktor. Zu Beginn meiner Rede will ich deshalb erst einmal allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch im Corona-Jahr herzlich danken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Kollegen Pohl und Muthmann haben es auch angesprochen: An der Spitze stehen zwei Herren, die für solide Politik und ein solides Innenministerium stehen. Ich glaube, die elf Monate schafft er noch. Herzlichen Dank an den Innenminister Joachim Herrmann und auch an seinen Staatssekretär Gerhard Eck. Danke, ihr macht gute Arbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist erfreulicherweise seit Langem das sicherste Land in Deutschland. Das ist bekannt. Kollege Muthmann hat es angesprochen. Uns wurde in der PKS vorgestellt, dass es in Bayern seit 41 Jahren die niedrigste Kriminalitätsbelastung und seit 26 Jahren die höchste Aufklärungsquote gibt. Das bedeutet, dass es nirgendwo sicherer ist und dass die Bürger nirgendwo eine höhere Sicherheit als bei uns in Bayern haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird und soll mit uns auch so bleiben.

Wir stärken die bayerische Polizei personell jährlich mit 500 neuen Polizeistellen. Es gibt einen Personalzuwachs. Es werden nicht nur die Pensionsabgänge ersetzt, sondern es kommen noch Stellen dazu. Derzeit haben wir 44.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. 2023 werden es im Höchststand dann insgesamt mehr als 45.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sein. Das ist eine stattliche Zahl.

Wir heben in diesem Einzelplan natürlich auch Stellen. Dafür sind 2 Millionen Euro vorgesehen. Das sind 700.000 Euro mehr. Das bedeutet 350 Beförderungen oder Stellenhebungen.

Wir haben auch etwas für die Bausubstanz übrig. Im Bauhaushalt sind 85 Millionen Euro. Das sind 14 Millionen Euro mehr als beim letzten Mal.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, sagt die Kriminalstatistik – meine Vorredner haben das bereits angeschnitten –, dass Cybercrime die Kriminalität der Zukunft ist. Wir wollen uns darauf einstellen. Wir haben für die digitale Ausstattung unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sehr viel bereitgestellt. Für Mobile Police gibt es 12,5 Millionen Euro. Wir haben die Digitalisierung auch in die Ausbildung integriert. Der Kollege hat vorhin gesagt, dass wir für 1,6 Millionen Euro neue Tablets, sogenannte Convertibles, für die jungen Auszubildenden beschaffen. Es ist richtig, dass wir hier bereits in der Ausbildung investieren.

Wir wollen in die digitalisierte Welt gut aufgestellt gehen. Wir stellen deshalb – neben dem Bund – auch für den Polizei-IT-Fonds selbst 6,4 Millionen Euro bereit.

Ich will sagen, dass auch der Digitalfunk mit 100 Millionen Euro eine große Position darstellt. Das ist eine Steigerung um 72 %. Aus meiner Sicht ist das ein richtiger Meilenstein.

Meine Damen und Herren, ich freue mich als oberfränkischer Landtagsabgeordneter auch darüber, dass in Oberfranken jetzt ein mobiles Forensiklabor auf vier Rädern getestet wird. Ein Unternehmen, das durch einen Cyberangriff attackiert wurde, kann so vor Ort aufgesucht werden. Tatortspuren und natürlich forensische Spuren werden gesichert. Auch das ist die Zukunft.

Wir investieren last but not least auch – wir haben den Bereich Integration schon angeschnitten – in die Polizei-App Lernen – Lehren – Helfen. Hierfür gibt es 100.000 Euro, um allgemeine Präventionsarbeit bei Flüchtlingen und Zuwanderern zu betreiben und um letztendlich die Kommunikation bei einem Erstzugriff zu verbessern.

Der Einzelplan 03 ist absolut zustimmungsfähig. Liebe Oppositionelle, wenn auch Sie der bayerischen Polizei helfen wollen, dann stimmen Sie diesem Haushalt zu.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich denke, unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten haben das verdient.

(Zuruf)

Lieber Herr Becher, wir Regierungsfaktionen setzen die richtigen Akzente. Wir brauchen keine Onlinewache. Sie wollen keine Doppelstrukturen, möchten andererseits aber gern einen Polizeibeauftragten haben.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Holger Dremel (CSU): Wir haben aber mit Michael Hofmann bereits einen Beauftragten für die Behörden. Ich denke also, dass wir gut ausgestattet sind. Kollege Graupner, die Polizei ist gut ausgestattet –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie jetzt bitten, tatsächlich zum Ende zu kommen.

Holger Dremel (CSU): – und aufgestellt. Asyldebatten haben hier keinen Platz. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Abgeordnete Gülseren Demirel die nächste Rednerin. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Die Tatsache, dass Integration als Aufgabe und Thema des Innenministeriums behandelt wird, sagt, glaube ich, viel darüber aus, wie diese Staatsregierung – man sieht das auch an den Reden der Regierungsfaktionen – Integration definiert, nämlich als Problem der inneren Sicherheit.

Es ist deshalb auch gar nicht verwunderlich, dass auch der Einzelplan diesem roten Faden folgt. Wir sagen aber: Integration ist nicht in erster Linie eine Frage von Ordnung und Sicherheit, sondern eine Frage der Teilhabe. Sie ist eine Frage der gleichen Rechte und der gleichen Chancen.

Es ist blanker Hohn, wenn man sich anschaut, was Sie in Ihrem Haushalt alles investieren, um gerade die Geflüchteten in Schach bzw. in den Ankereinrichtungen zu halten. Sie wollen in Ausgrenzung und Gefängnisse, in zentrale Ausländerbehörden und in Abschiebeflüge investieren, anstatt Menschen dazu zu befähigen, auf eigenen Beinen zu stehen, selbstständig ihren Lebensunterhalt zu verdienen und Teil unserer Gesellschaft zu sein. Ein Beispiel dazu: Ab 1. Januar dieses Jahres wurde der Eigenanteil für die Träger von Beratungsstellen mehr als verdoppelt. Wenn Sie die Beratungsstellen finanziell nicht besser fördern, wie von uns vorgeschlagen, dann besteht die Gefahr, dass sie geschlossen werden; denn die Träger können sich diesen hohen Eigenanteil nicht mehr leisten.

Zum anderen fallen Geflüchtete, die in keiner Anker-Einrichtung oder Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sind, oft komplett durch das Beratungsraster: die Geflüchteten im Rahmen des Resettlement-Programms. Die Kommunen werden damit alleingelassen.

Wir fordern die Regierungsfractionen daher auf: Ändern Sie dies, schaffen Sie für die Geflüchteten aus diesem Programm Beratungsstellen, und unterstützen Sie die Asylsozialberatung in den Unterkünften!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und da ich gerade dabei bin, Ihnen Ihre blinden Flecken aufzuzeigen, Herr Staatsminister – wir mögen das ja sehr, jedes Mal –, sehr geehrte Kolleg*innen, auch von den Regierungsfractionen: Einen riesigen blinden Fleck leisten Sie sich im Umgang mit Frauen, die kein Deutsch oder wenig Deutsch sprechen. Es braucht dringend ein eigenes Sprachförderprogramm für geflüchtete Frauen, bei dem die Anbieter verpflichtet

sind, auch Kinderbetreuung während der Kurse anzubieten. Bei einem Frauenanteil in den aktuellen Sprachkursen von gerade einmal 30 % müssen die Alarmglocken schrillen und muss ein Förderprogramm eingerichtet werden. Schaffen Sie Chancen, wo es keine gibt! Sichern Sie Teilhabe und Integration!

Teilhabe ist auch das Stichwort für eine weitere Lücke in Ihrem Haushalt, die gerade jetzt, in Zeiten von Corona, unverzeihlich ist: die Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete in Bayern haben immer noch keinen WLAN-Zugang zum Internet. Es ist gut, dass im Innenministerium endlich die Einsicht eingeekehrt ist, dies zu ändern. Darüber sind wir froh; wir haben das sehr oft kritisiert.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Aber was fehlt, sind Taten. Wir haben einen Antrag gestellt, mit einer Projektförderung Refugees Online zu beauftragen. Obwohl Sie behaupten, mit Hochdruck daran zu arbeiten, wollen Sie das nicht machen. Ein Jahr Pandemie, und die Kinder in den Unterkünften sind von der digitalen Schulbildung ausgeschlossen. Kolleginnen und Kollegen, das ist keine Integration.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Als Vertreter der Staatsregierung spricht nun Herr Staatsminister Herrmann. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für diese insgesamt sehr sachliche Aussprache zu dem Haushaltsentwurf, wie er Ihnen vorliegt, der aus meiner Sicht insgesamt wirklich phänomenal ist: 6,6 Milliarden Euro für wahrlich zentrale Aufgaben unseres Landes, unserer Gesellschaft.

Ich bedanke mich zunächst ganz herzlich für die Beiträge der Kollegen Vogel, Pohl und Dremel. Sie haben nur absolut Richtiges gesagt; das muss ich nicht näher kommentieren. Dem muss ich schon gar nicht widersprechen, sondern da kann ich nur sagen: Genauso ist es. Vielen herzlichen Dank für die Unterstützung dieses Haushaltes!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will mich auf fünf Punkte beschränken und Anmerkungen zu Themen machen, die von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesprochen worden sind.

Das eine ist natürlich ein herausragendes Thema für das Innenministerium: unsere Polizei. In der Tat haben wir es geschafft, die bayerische Polizei in den letzten über zehn Jahren kontinuierlich personell aufzubauen, sie noch besser auszustatten und auszurüsten. 2008 hatte die bayerische Polizei einen Personalumfang von 37.000. Mit diesem Haushalt sind es 44.000. Diese Koalition hat versprochen, dass in den nächsten beiden Jahren, 2022 und 2023, jeweils weitere 500 Stellen dazukommen. Dann werden wir 2023, wie versprochen, bei 45.000 sein. Im Verlauf von 13, 14 Jahren werden wir einen Aufwuchs von insgesamt 8.000 Stellen für die bayerische Polizei realisiert haben. Das ist deutschlandweit einmalig. Es war notwendig, es ist richtig. Ich bedanke mich an dieser Stelle beim Finanzminister und beim Ministerpräsidenten, aber vor allem auch bei diesem Hohen Haus, dass dieser Kurs über die Jahre hinweg kontinuierlich so gefahren worden ist. Er ist notwendig angesichts der Herausforderungen.

Die bayerische Bevölkerung ist in all diesen Jahren gewachsen. Die Herausforderungen sind nicht weniger geworden. Aber es ist vor allen Dingen gelungen, in all diesen Jahren – was nicht selbstverständlich ist – die Spitzenposition Bayerns in der inneren Sicherheit zu halten. Auch im vergangenen Jahr 2020 war Bayern – die Zahlen liegen noch nicht von allen Ländern vor, aber es spricht alles dafür – nach der Kriminalitätsrate das sicherste aller 16 Bundesländer. Wir können keine hundertprozentige Sicherheit versprechen – das kann niemand auf dieser Welt seriös tun –, aber wir können

das Menschenmögliche tun, damit die Menschen in unserem Land so sicher wie irgend möglich leben können. Das ist unser Leitsatz, und den setzen wir um. Das gelingt der bayerischen Polizei auch sehr erfolgreich. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann nicht verstehen, Frau Kollegin Demirel, warum man zwischen Sicherheit und Ordnung auf der einen Seite und dem Themenfeld der Integration auf der anderen Seite einen Gegensatz konstruieren will und meint, das würde in einem Ministerium nicht zusammenpassen. Ich glaube, Sie tun den Menschen, die wir integrieren wollen, damit unrecht. Die meisten Menschen, jedenfalls die ich kenne, die sich hier integrieren wollen, sehen darin keinen Gegensatz zu Sicherheit und Ordnung in unserem Land. Sie freuen sich, dass sie in einem sicheren Land leben können. Die meisten von ihnen kommen nämlich aus Ländern, die wesentlich unsicherer sind als unser Land, und hier geht es ihnen besser als in den Herkunftsländern. Das ist die Realität, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie ist denn die Realität der Integration nach all den Statistiken? – Die Politik lebt nicht nur von Statistiken, aber ein gewisser Gradmesser sind sie halt doch. Der Freistaat Bayern ist das Land der gelingenden Integration. In den letzten beiden Jahren wurden beispielsweise Gespensterdiskussionen über die 3-plus-2-Regelung, über die Ausbildungsduldung, geführt. Was besagen die Statistiken, wobei von allen Bundesländern die Zahlen vorliegen? – Kein anderes Bundesland hat in den letzten zwei Jahren so viele Ausbildungsduldungen ausgesprochen wie der Freistaat Bayern. Das ist das Thema Integration in unserem Land!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Woanders wird über Integration nur geredet, bei uns findet sie statt. Schauen Sie sich die aktuellen Arbeitsmarktstatistiken an! Das war vor Corona so, das ist auch jetzt, in

Corona-Zeiten, noch so. Schauen Sie sich an, wie es mit der Chance für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger auf einen Ausbildungsplatz aussieht! Dann werden Sie wiederum feststellen: Die niedrigste Arbeitslosenquote ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in ganz Deutschland haben wir im Freistaat Bayern. In keinem anderen Bundesland ist die Chance für ausländische Mitbürger, einen Arbeitsplatz zu bekommen und von eigener Hände Arbeit leben zu können, so gut wie in Bayern. Das ist die Realität! Das ist gelingende Integration in unserem Land! Nicht theoretisch darüber reden, sondern es praktisch umsetzen – das ist unser Ziel.

(Zuruf)

Ich will aber auch klar sagen, damit von anderer Seite keine Fake News kommen – ich will der AfD gar nicht vorwerfen, dass Sie das absichtlich getan haben, aber Sie haben das schief miteinander verglichen, Herr Abgeordneter Graupner –: Die Asylkosten, Unterbringung von Asylbewerbern etc. – nicht die Integrationskosten, dafür geben wir mehr Geld – betrogen im Jahr 2016 1,8 Milliarden Euro. Wir haben sie in diesem Haushalt 2021 auf 1,1 Milliarden Euro reduzieren können, weil wir insgesamt wesentlich mehr Ordnung in den Abläufen haben, weil der Neuzugang von Asylbewerbern deutlich rückläufig ist. Bitte erwecken Sie nicht den Eindruck, wir hätten die Steuerzahler höher belastet. Im Gegenteil, wir haben die Kosten für die Steuerzahler reduzieren können.

Sie bekommen anschließend oder spätestens morgen Früh nähere Erläuterungen der Eckpunkte des Haushalts für das Innenministerium in Ihre Fächer gelegt, weil die Verwaltungsgerichte angesprochen worden sind. Auch da scheinen irgendwelche Zahlen nicht ganz richtig betrachtet worden zu sein. Für die Verwaltungsgerichte sind allerdings auch aus dem Einzelplan 13 Stellen in den Einzelplan 03 umgeschichtet worden.

Tatsache für die Verwaltungsgerichte ist, dass wir im Jahr 2015 210 Richterstellen hatten. Mit dem Haushalt, den Sie anschließend, wie ich hoffe, beschließen werden,

haben wir 337 Richterstellen an den Verwaltungsgerichten. 2015 hatten wir 232 Stellen für nichtrichterliches Personal. Mit dem jetzt Ihnen vorliegenden Haushalt haben wir 338 Stellen für das nichtrichterliche Personal. Das heißt, wir bauen die Verwaltungsgerichte massiv aus. Wir haben an den Verwaltungsgerichten gestiegene Fallzahlen, deswegen ist der Ausbau auch notwendig. Aber auch hier gilt wiederum: Kein anderes Bundesland sorgt mit einer massiven personellen Verstärkung der Verwaltungsgerichte so wie wir dafür, dass die Verfahren nicht elendig verlängert werden, sondern dass wir wieder zu einer Verkürzung der Verfahrensdauer kommen und dass der Verfahrensstau schon jetzt wieder abgebaut wird. Das ist die Realität an den Verwaltungsgerichten.

Ich bin dankbar dafür, dass auch der Sport positiv angesprochen worden ist. Der Sport ist erst im Jahr 2013 bzw. 2014 in das Innenministerium umressortiert worden. Wir hatten damals ein Haushaltsvolumen von 46 Millionen Euro für den Sport. Dies ist innerhalb von fünf Jahren auf 130 Millionen ausgebaut worden. Noch nie hat der Sport in Bayern so viel Geld bekommen, wie er mit dem Haushaltsentwurf für 2021 bekommen wird. Das ist gerade angesichts der Corona-Krise und der damit verbundenen besonderen Belastung für viele Sportvereine dringend notwendig. Das ist ein Kraftakt mit einer breiten Unterstützung des Landtags. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich mich sehr herzlich bedanken. Bedanken möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts. Damit meine ich nicht nur das Ministerium, sondern den gesamten sogenannten nachgeordneten Bereich. Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Polizei, das gilt für die Verwaltungsgerichte, das gilt für die vielen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Inneren Verwaltung. Ganz besonders gilt das – das will ich unterstreichen – an der Spitze für unseren Staatssekretär Gerhard Eck, der eine super Arbeit leistet und mit dem ich eine wunderbare Zusammenarbeit habe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich will aber auch die vielen Ehrenamtler, die zu unserem Geschäftsbereich gehören, erwähnen. Ich denke an die Tausende von Frauen und Männern, die in den Freiwilligen Feuerwehren und den Rettungsorganisationen aktiv sind. Ich nenne ausdrücklich aber auch diejenigen, die als Integrationshelfer usw. tätig sind, und viele andere mehr. Ich könnte noch viele weitere Beispiele nennen. Wir haben ein großartiges ehrenamtliches Engagement. In der Gesamtheit könnten wir die Aufgaben des Innenressorts gar nicht so wahrnehmen, wenn es nicht das großartige ehrenamtliche Engagement unzähliger Mitbürgerinnen und Mitbürger gäbe. Auch dafür ein ganz, ganz herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Nur noch ein Punkt: Herr Kollege, wir sind uns zwar in der Zielrichtung einig, dass die Hausärzte intensiv mitimpfen sollen. Für die bin ich aber wirklich nicht zuständig. Für die Impfzentren bin ich auch nicht zuständig. Wir sind uns aber einig: Wir wollen beim Impfen weiter vorankommen. Wir werden in der Tat – das ist aber Sache des Gesundheitsministers – ab dem 1. April – das ist kein Aprilscherz – die Hausärzte intensiv mit einbinden. Dann wird das Impfen noch weiter vorangehen.

Ich bedanke mich schließlich auch ganz herzlich beim Finanzminister. Verhandlungen mit dem Finanzminister sind nie einfach. Insgesamt haben sie zu einem sehr seriösen Ergebnis geführt. Man spürt, dass auch der Finanzminister ein Herz für die Themen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und für alle anderen mit dem Innenministerium verbundenen Themen hat. Vielen Dank dafür! Vor allem bedanke ich mich aber jetzt schon bei der Landtagsmehrheit aus CSU und FREIEN WÄHLERN; denn die reden nicht nur g'scheit daher, sondern werden jetzt diesen Haushalt auch tatsächlich beschließen. Vielen herzlichen Dank dafür und alles Gute. Wir wollen ein gutes Jahr daraus machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13239 mit 18/13240, 18/13319 mit 18/13335, 18/13586 mit 18/13592, 18/13623 mit 18/13643 und 18/13717 mit 18/13722 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14251.

Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf der Drucksache 18/14251 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich nun, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER und FDP. Gegenstimmen! – Die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 10)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforder-

lichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gegenstimmen! – Die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Dann ist auch das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/14251 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13717 mit 18/13722 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Mittel zur Gewährung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 Tit. 685 91)
Drs. 18/13239
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kommunikation sowie sonstige
Gebrauchsgegenstände und Nebenkosten
(Kap. 03 17 Tit. 511 96)
Drs. 18/13240
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 03 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13319
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung von Vereinen in strukturschwachen Regionen fortführen
(Kap. 03 03 Tit. 893 91)
Drs. 18/13320
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Erhöhung der Förderabgabe
(Kap. 03 08 Tit. 122 01)
Drs. 18/13321
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Chefdigitallotsinnen und -digitallotsen in den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/13322

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Neue Stellen für die Veterinärbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/13323
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Personelle Stärkung der Gesundheitsämter vor Ort
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/13324
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Personalausstattung der unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 18/13325
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Aufnahme und Beratung von Resettlement-Geflüchtete besser unterstützen
(Kap. 03 12 Tit. 633 52)
Drs. 18/13326
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sprachkurse für geflüchtete Frauen flächendeckend ermöglichen
(Kap. 03 12 Tit. 684 58)
Drs. 18/13327
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften ermöglichen
(Kap. 03 12 Tit. 685 54)
Drs. 18/13328
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Personalumschichtung vom Landesamt für Verfassungsschutz zum Landeskriminalamt – Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cyber-Kriminalität, von Rechtsextremismus und Organisierter Kriminalität
(Kap. 03 15 Tit. 422 01 u. 534 01 sowie Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/13329
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: 125 Stellen für Tarifbeschäftigte bei der Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/13330

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Keine weitere Beschaffung von Pferden für die Reiterstaffeln
(Kap 03 18 Tit. 511 24)
Drs. 18/13331
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Verstärkte Fortbildung bei der Polizei
(Kap 03 18 Tit. 525 75)
Drs. 18/13332
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Keine Finanzierung von Sicherheitswachten
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 18/13333
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Virtuelle Polizeiwache
(Kap. 03 18 neuer Tit.)
Drs. 18/13334
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: EDV Ausstattung für mobiles Arbeiten bei der Polizei
(Kap. 03 18 TG 99)
Drs. 18/13335
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschuss für Mehr Demokratie e. V. Landesverband Bayern
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 18/13586
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 18/13587
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Verbesserung des Personalstands beim Polizeilichen Sozialen Dienst der Bayerischen Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/13588

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Sanierung von Feuerwehrhäusern
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 18/13589
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Ersthelfergruppen unterstützen
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 18/13590
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausbau der Feuerweherschulen
(Kap. 03 26 Tit. 701 01)
Drs. 18/13591
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Harald Güller u. a. SPD,
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Verbesserung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 18/13592
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 18/13623
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Abschiebekosten
(Kap. 03 11 Tit. 533 01)
Drs. 18/13624
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Abschiebungshafteinrichtungen
(Kap. 03 11 TG 51)
Drs. 18/13625
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Planstellen I – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 18/13626

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Planstellen II – Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 06 Tit. 428 01)
Drs. 18/13627
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Planstellen III – Landesamt für Asyl und Rückführungen – Personalausgaben
(Kap. 03 11 Tit. 422 01)
Drs. 18/13628
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Planstellen IV – Landesamt für Asyl und Rückführungen – Entgelte für Arbeitnehmer
(Kap. 03 11 Tit. 428 01)
Drs. 18/13629
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Planstellen V – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 18/13630
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Planstellen VI – Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 17 Tit. 428 01)
Drs. 18/13631
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Planstellen VII – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 18/13632
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan; 2021
hier: Planstellen VIII – Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 18/13633
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Ausgaben für Sicherheit
(Kap. 03 13 Tit. 517 11)
Drs. 18/13634

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Hausverwalterpauschale
(Kap. 03 13 Tit. 633 10)
Drs. 18/13635
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 03 13 Tit. 633 01)
Drs. 18/13636
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Gemeinschaftsverpflegung
(Kap. 03 13 Tit. 514 21)
Drs. 18/13637
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Miete, Bewirtschaftung und Unterhalt der Grundstücke und Gebäude, Ausweichunterbringung
(Kap. 03 13 Tit. 517 01, Tit. 517 05, Tit. 518 01, Tit. 519 01 und Tit. 533 02)
Drs. 18/13638
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Mehraufwandspauschale der Kasernenärztlichen Vereinigung
(Kap. 03 13 Tit. 633 09)
Drs. 18/13639
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII – Forschungsaufträge und Informationsmaterial
(Kap. 03 13 Tit. 526 21 u. Tit. 531 21)
Drs. 18/13640
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII – Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte
(Kap. 03 13 Tit. 671 01)
Drs. 18/13641

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX – Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern
(Kap. 03 12 TG 54 - 56)
Drs. 18/13642
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X – Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige
(Kap. 03 12 TG 58)
Drs. 18/13643